

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

- 18. WP -

38. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. Mai 2013, 10:15 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Heike Franzen (CDU)	i. V. v. Hans Hinrich Neve
Petra Nicolaisen (CDU)	i. V. v. Peter Sönnichsen
Simone Lange (SPD)	i. V. v. Lars Winter
Beate Raudies (SPD)	i. V. v. Birgit Herdejürgen
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Eka von Kalben
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Torge Schmidt (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	6
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/351	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels	7
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/508 (neu)	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/1150	
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Umdruck 18/1199	
3. Kommunalpolitik ist Ehrenamt	9
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/708	
Kommunales Ehrenamt stärken	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/743 - selbstständig -	
4. Finanzielle Handlungsspielräume sichern: Altschuldentilgungsfonds für Land und Kommunen	10
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/744	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/776	
5. Vorbereitung der Wahl einer Präsidentin oder eines Präsidenten des Landesrechnungshofs	11
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/604	
6. Bericht der Landesregierung über den Umsetzungsstand und die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Programm „Betriebskostenoffensive vorsorgende	13

Finanzpolitik (PROFI)“: Sachstand und Wirtschaftlichkeitsbetragung

Berichts Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1120](#)

Vorlage des Finanzministeriums

[Umdruck 18/1127](#)

- 7. a) HSH Nordbank AG** 15
Erhöhung des Garantievolumens
- Antrag der Landesregierung
[Drucksache 18/654](#)
- b) Kein Wertpapierankauf durch den HSH Finanzfonds!**
- Antrag der Fraktionen von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/726](#) (neu) 2. Fassung
- c) Unterrichtung des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die aktuelle Lage der HSH Nordbank AG**
- Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/655](#)
- d) Bericht der HSH Nordbank zu Geschäften in Steueroasen**
- Antrag der Fraktion der FDP
[Umdruck 18/1177](#)
- 8. Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Konsolidierungsprogramms gemäß § 5 Stabilitätsratsgesetz sowie Konsolidierungsbericht für das Jahr 2012 gemäß § 5 Abs. 6 der Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen** 18
- Bericht der Finanzministerin
[Umdruck 18/1124](#)
- Berichts Antrag der Fraktion der CDU
[Umdruck 18/1136](#)
- 9. Stellungnahme 2012 des Landesrechnungshofs zum Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits bis 2020** 19
- 10. Aktionärsrechte stärken - Vorstandsvergütungen durch Hauptversammlung festlegen** 20
- Antrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 18/725](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/1200](#)

11. Information/Kenntnisnahme 21

[Umdruck 18/1055](#) – Übermäßiger Straßenverbrauch

[Umdruck 18/1056](#) – Haushaltsreste Einzelplan 03

[Umdruck 18/1057](#) - Eingliederungshilfe

[Umdruck 18/1058](#) - Lehrprofessuren

[Umdruck 18/1059](#) – Online Stellenmarkt Schule

[Umdruck 18/1108](#) – Prüfungsrecht LRH

[Umdrucke 18/1123](#) (neu) und 18/1170 – Strategisches Hochschulkonzept

[Umdruck 18/1126](#) - Ergebnis der Mai-Steuerschätzung

12. Verschiedenes 22

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/351](#)

hierzu: [Umdrucke 18/705, 18/740, 18/749, 18/779, 18/780, 18/817, 18/826, 18/845, 18/850, 18/861 \(neu\), 18/863, 18/868, 18/886, 18/887, 18/896, 18/897, 18/926](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2012 an den **Finanzausschuss** und den Wirtschaftsausschuss; nachdem die Ausschüsse schriftliche Stellungnahmen eingeholt haben, empfiehlt der Wirtschaftsausschuss, die kommunalen Landesverbände mündlich anzuhören)

Vor einer Beschlussfassung über den FDP-Antrag will der Ausschuss die vom mitberatenden Wirtschaftsausschuss geplante mündliche Anhörung abwarten, die der federführende Finanzausschuss aus Zeitgründen nicht durchführen wird.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/508](#) (neu)

(überwiesen am 20. Februar 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Finanzausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/839](#), [18/970](#), [18/1062](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/1150](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/1199](#)

Abg. Schmidt bringt den Änderungsantrag der PIRATEN, [Umdruck 18/1199](#), ein, mit dem die Förderung der Feuerwehr langfristig gesichert werden solle.

Abg. Harms erläutert den Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 18/1150](#), mit dem man den Landesfeuerwehrverband und die Friesenstiftung zwei Jahre unterstützen wolle. Man wolle die Zeit nutzen, um sich für eine Verstetigung der Förderung einzusetzen. Mit den Zinsen aus dem Kapital der Friesenstiftung würden kleinere Projekte der Sprach- und Jugendarbeit der Friesen finanziert.

Abg. Andresen betont die Notwendigkeit, dass sich die Feuerwehr verstärkt für andere gesellschaftliche Gruppen öffne. Für die Feuerwehr müsse es eine langfristige Perspektive geben, die den Landeshaushalt nicht zu stark belaste.

Abg. Dr. Garg weist darauf hin, dass sich die Feuerwehr seit einigen Jahren gezielt darum bemühe, junge Frauen, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund als Mitglieder zu gewinnen.

Gegen die Stimme der PIRATEN empfiehlt der Finanzausschuss, den Änderungsantrag der PIRATEN, [Umdruck 18/1199](#), abzulehnen. Gegen die Stimmen der CDU empfiehlt er, den Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 18/1150](#), anzunehmen. Einstimmig empfiehlt er,

den FDP-Gesetzentwurf, [Drucksache 18/508](#) (neu), mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Kommunalpolitik ist Ehrenamt

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/708](#)

Kommunales Ehrenamt stärken

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/743](#) - selbstständig -

(überwiesen am 26. April 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

Finanzministerin Heinold teilt mit, dass die Länder Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern den Vorstoß Schleswig-Holsteins unterstützten, den Freibetrag von 175 auf 200 € monatlich anzuheben, und auch die Bundesregierung die Lohnsteuerrichtlinie in diesem Sinne ändern wolle. Sie sagt zu, die Ausschüsse über den aktuellen Sachstand zu informieren.

Daraufhin empfiehlt der Ausschuss einstimmig, beide Anträge, [Drucksachen 18/708](#) und 18/743, für erledigt zu erklären.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Finanzielle Handlungsspielräume sichern: Altschuldentilgungsfonds für Land und Kommunen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/744](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/776](#)

(überwiesen am 25. April 2013 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Die finanzpolitischen Sprecher wollen versuchen, sich auf einen gemeinsamen Antrag zu verständigen. Über die Thematik soll am 13. Juni 2013 auf der Grundlage eines Berichts des Finanzministeriums beraten und eine Beschlussempfehlung für die Juni-Tagung des Landtags verabschiedet werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorbereitung der Wahl einer Präsidentin oder eines Präsidenten des Landesrechnungshofs

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/604](#)

(überwiesen am 21. März 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

Abg. Harms appelliert an die Oppositionsfraktionen, die Einladung der Koalition zur Vorstellung der drei Kandidatinnen und Kandidaten anzunehmen und eine möglichst breite Mehrheit für einen Vorschlag hinzubekommen. Eine öffentliche Ausschreibung sei nicht der richtige Weg, vielmehr habe das Verfahren in der Vergangenheit zu vernünftigen Ergebnissen geführt.

Auch Abg. Dr. Garg lehnt den Antrag der PIRATEN, eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen, ab. Das bisherige Verfahren sei nicht intransparent und habe sich grundsätzlich bewährt. Allerdings laufe das jetzige Verfahren suboptimal, denn bisher seien lediglich Persönlichkeiten in der Zeitung genannt und nicht von einer Fraktion vorgeschlagen worden.

Abg. Andresen räumt ein, dass das Verfahren optimiert werden müsse. Die Fraktionsvorsitzenden sollten sich zeitnah zusammensetzen und eine Lösung hinbekommen. Für zukünftige Auswahlverfahren wünsche er sich ähnlich wie die PIRATEN ein bisschen mehr Transparenz und Offenheit.

Abg. Schmidt bekräftigt die Grundhaltung der PIRATEN, auch und gerade solche Positionen wie das Präsidentenamt des Landesrechnungshofs öffentlich auszuschreiben, und kündigt einen entsprechenden Gesetzentwurf seiner Fraktion an.

Abg. Koch lehnt den Antrag der PIRATEN ab und macht darauf aufmerksam, dass bei jedem Verfahren am Ende eine Zweidrittelmehrheit erreicht werden müsse. Auch er kritisiert, dass bisher von keiner Fraktion ein konkreter Vorschlag unterbreitet worden sei, sondern Personen auf Zuruf von Abg. Dr. Stegner zu einem Gespräch eingeladen würden, an dem die Mitglieder der CDU-Fraktion nicht teilnehmen könnten.

Abg. Harms bekräftigt die Ablehnung einer öffentlichen Ausschreibung oder Ausschussanhörung; denn die Betroffenen „müssen die Chance zum Rückzug haben ohne Gesichtsverlust in der Öffentlichkeit“.

Gegen die Stimme der PIRATEN empfiehlt der Finanzausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag die Ablehnung des Antrags [Drucksache 18/604](#) zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über den Umsetzungsstand und die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Programm „Betriebskostenoffensive vorsorgende Finanzpolitik (PROFI)“: Sachstand und Wirtschaftlichkeitsbetragung

Berichts Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1120](#)

Vorlage des Finanzministeriums

[Umdruck 18/1127](#)

Finanzstaatssekretär Losse-Müller führt in [Umdruck 18/1127](#) ein.

Abg. Koch vermisst eindeutige Angaben zur Wirtschaftlichkeit, geht davon aus, dass die Zinsbelastungen die Höhe der Energieeinsparungen in vielen Fällen überstiegen, und bittet den Landesrechnungshof um eine Stellungnahme zur Frage der Wirtschaftlichkeit.

Staatssekretär Losse-Müller stellt die Zielsetzung von PROFİ heraus, Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit zu erreichen.

Auch Abg. Schmidt erwartet eine Dokumentation der Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsprüfung und erkundigt sich konkret nach Planungen zum Rechenzentrum der Universität Lübeck und Planungen für eine neue Heizung im Feuerwehrzentrum Rendsburg.

Abg. Andresen erwartet, dass die Fachressorts möglichst viele geeignete Projekte in Gang setzen.

Frau Dr. Schäfer, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, stellt als zentrale Frage heraus, ob sich eine kreditfinanzierte energetische Sanierungsmaßnahme rechne, ob die Rendite den Zinsaufwand mindestens decke. Diese Frage könne mit den bisher vom Finanzministerium vorgelegten Daten nicht geprüft werden.

Abg. Dr. Garg erwartet, dass das Finanzministerium solide und belastbare Zahlen vorlege und das Programm PROFİ nicht dafür verwende, Gutachten zu finanzieren.

Staatssekretär Losse-Müller sagt zu, bis zum Herbst 2013 konkretere Unterlagen vorzulegen.

Abg. Koch legt Wert darauf, dass die Landesregierung Aufträge nur dann vergebe, wenn die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme nachgewiesen und vom Rechnungshof bestätigt worden sei.

Ministerin Heinold stellt klar, dass der Haushaltsgesetzgeber die Regierung mit der Beschlussfassung über den Haushalt ermächtigt habe, die Mittel des Programms PROFI, das die energetische Gebäudesanierung und die Haushaltsentlastung zum Ziel habe, zu verausgaben. Die energetische Sanierung der Landesliegenschaften sei absolut notwendig. Man informiere den Finanzausschuss über die Maßnahmen und wolle gemeinsam die Wirtschaftlichkeit feststellen.

Abg. Schmidt legt unter Hinweis auf die Antwort auf seine Kleine Anfrage [Drucksache 18/461](#) Wert darauf, dass nur Projekte in Angriff genommen würden, bei denen eine Rendite von mindestens 4 % erzielt werde.

Abg. Harms vertraut darauf, dass die Beschäftigten der Landesverwaltung die Sanierungsmaßnahmen verantwortungsvoll plantem.

Der Finanzausschuss fasst ins Auge, das Thema auf die Tagesordnung am 13. Juni 2013 zu setzen und die Beratungen im Herbst 2013 auf der Grundlage näherer Informationen des Finanzministeriums und einer Stellungnahme des Landesrechnungshofs zur Wirtschaftlichkeit fortzusetzen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**a) HSH Nordbank AG
Erhöhung des Garantievolumens**

Antrag der Landesregierung
[Drucksache 18/654](#)

hierzu: [Umdruck 18/1197](#)

b) Kein Wertpapierankauf durch den HSH Finanzfonds!

Antrag der Fraktionen von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der
Abgeordneten des SSW und der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/726](#) (neu) 2. Fassung

(überwiesen am 25. April 2013)

**c) Unterrichtung des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die aktuelle
Lage der HSH Nordbank AG**

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/655](#)

(überwiesen am 25. April 2013 zur abschließenden Beratung)

d) Bericht der HSH Nordbank zu Geschäften in Steueroasen

Antrag der Fraktion der FDP
[Umdruck 18/1177](#)

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 18/1230

Finanzministerin Heinold führt aus, das Kabinett habe am 14. Mai 2013 dem Entwurf der Änderungsvereinbarung zum Garantievertrag zugestimmt, in dem die Wiedererhöhung der Garantie auf 10 Milliarden € und notwendige Anpassungen geregelt würden, damit der Besserschein auch unter IFRS die beabsichtigte Schutzwirkung behalte. Derzeit würden noch einige redaktionelle Änderungen des Garantievertrags mit der Bank und der finfo abgestimmt. Danach werde der Finanzausschuss den Entwurf der Änderungsvereinbarung als vertraulichen Umdruck erhalten. Die Landesregierung werde die Änderungsvereinbarung erst dann unter-

schreiben, wenn es die vorläufige Genehmigung der EU gebe und das Parlament zugestimmt habe.

Zum FDP-Antrag zu Geschäften der HSH Nordbank in Steueroasen verweist die Finanzministerin noch einmal auf ihre schriftliche Anfrage vom 19. April 2013, auf die ihr der HSH-Vorstandsvorsitzende zugesichert habe, dass sich die Bank weder aktiv noch passiv an Steuerhinterziehung und Steuerverkürzung beteilige. Zudem habe die Bank versichert, dass die Bank weder Privatpersonen in diesen Regionen betreue noch Beteiligungsangebote an Privatpersonen gerichtet habe. Bereits bestehende Engagements in den Offshore-Regionen aus früheren Jahren sollten schrittweise abgebaut werden, neue Engagements seien nicht beabsichtigt.

Herr Losse-Müller, Staatssekretär im Finanzministerium, stellt kurz den Jahresabschluss der hsh finanzfonds AöR 2012 vor. Durch die aktuelle Wertentwicklung der HSH Nordbank AG sei eine Abschreibung des Beteiligungswertes in Höhe von 1,087 Milliarden € bei der hsh finanzfonds AöR vorgenommen worden. Eine Rückstellungsbildung in Höhe von 819 Millionen € sei erfolgt; diese ergebe sich aus dem abgezinsten Wert der von der Bank ab 2019 prognostizierten Inanspruchnahme von 1,3 Milliarden € aus der Garantie. Somit ergebe sich insgesamt ein Jahresfehlbetrag von 1,706 Milliarden € und ein negatives Kapital von 1,371 Milliarden €. Künftige Garantieprovisionen und zusätzliche Prämien aus der Wiedererhöhung seien noch nicht berücksichtigt. Eine eventuelle künftige Verbesserung des Wertes der HSH Nordbank sei ebenso nicht berücksichtigt. Der Wirtschaftsprüfer Ernst & Young habe dem Jahresabschluss ein uneingeschränktes Testat erteilt.

Abg. Dr. Garg fragt die Finanzministerin, ob sie ausschließen könne, dass Tochterunternehmen und Objektgesellschaften der HSH Nordbank sogenannte Steueroasen nutzten, um damit Steueroptimierung zu betreiben und ihre Steuerlast im Sitzland zu minimieren, und welche Konsequenzen auf die HSH zukämen, wenn sie Tochterunternehmen in den Steueroasen schließe und Geschäfte mit Unternehmen und Finanzintermediären in Steueroasen künftig unterbunden würden.

Finanzministerin Heinold weist noch einmal darauf hin, dass die neue Geschäftspolitik der Bank beinhalte, dass alte Engagements schrittweise abgebaut würden. Die Bank habe klargestellt, dass neue Engagements nicht beabsichtigt seien. Sie habe bei der Bank in einem Schreiben vom 19. April 2013 proaktiv angefragt. Der Weg, den die Bank jetzt eingeschlagen habe, sei einer, der wahrscheinlich schon vor mehreren Jahren hätte eingeschlagen werden müssen. Zu Einzelheiten solle die Bank selbst Stellung nehmen.

Auf Fragen von Abg. Dr. Garg (Umdruck 18/1177) berichtet Herr Ermisch, Finanzvorstand der HSH Nordbank, zu Geschäften in „Steuerparadiesen“ (Umdruck 18/1230).

Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg betont Herr Ermisch, Offshore-Zentren verfolgten den Zweck, eine Doppelbesteuerung aufseiten des Investors zu vermeiden und die Finanzierungskosten so gering wie möglich zu halten.

Abg. Dr. Garg sieht einen Widerspruch zwischen den politischen Zielsetzungen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem Geschäftsgebaren beziehungsweise dem Interesse der HSH, möglichst profitable Refinanzierungsmöglichkeiten zu nutzen.

Ministerin Heinold bekräftigt ihre Erwartung, dass das Geschäft einer Bank, die sich in öffentlicher Hand befinde, zum deutschen Steuer- und Wirtschaftsrecht passe sowie möglichst regional erklärbar, verständlich und steuerpolitisch lokalisierbar statfinde. Deshalb begrüße sie die Aussage der Bank, dass die Bank Geschäfte in Offshore-Regionen abbaue und Neugeschäft nicht statfinde.

Frau Dr. Schäfer, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, stellt fest, dass die Interessen von Investoren und Land unterschiedlich seien. Das Land müsse ein Interesse daran haben, ein möglichst hohes Steueraufkommen zu erzielen.

Herr Ermisch stellt abschließend klar, dass die Bank sämtliche Erträge komplett versteuert habe. Es gehe nicht um Steueroptimierung, sondern beim Funding um den Zugang zu Quellen, bei denen keine Doppelbesteuerung greife.

Der Ausschuss nimmt die Antworten auf die Fragen der FDP-Fraktion zur Kenntnis (Umdrucke 18/1177 und 18/1230).

Der Finanzausschuss vereinbart, die Beratungen über die Erhöhung des Garantievolumens für die HSH am 23. Mai 2013 im Beteiligungsausschuss fortzusetzen und im Juni eine Beschlussfassung herbeizuführen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Konsolidierungsprogramms gemäß § 5 Stabilitätsratsgesetz sowie
Konsolidierungsbericht für das Jahr 2012 gemäß § 5 Abs. 6 der Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen**

Bericht der Finanzministerin

[Umdruck 18/1124](#)

Berichts Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1136](#)

Auf Fragen von Abg. Koch antwortet Ministerin Heinold, der Bericht sei im Wesentlichen eine Abarbeitung der beschlossenen Maßnahmen. Die Landesregierung gehe davon aus, dass die aus der Öffnung des Glücksspielstaatsvertrags resultierenden Einnahmen einen großen Konsolidierungsbeitrag leisteten.

Der Bericht der Finanzministerin [Umdruck 18/1124](#) soll nach der Beschlussfassung des Stabilitätsrats in der Ausschusssitzung am 13. Juni 2013 beraten werden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Stellungnahme 2012 des Landesrechnungshofs zum Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits bis 2020

Die Stellungnahme des Rechnungshofs soll im Zusammenhang mit den Beratungen über die Bemerkungen des Landesrechnungshofs 2013 in der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung behandelt werden.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Aktionärsrechte stärken - Vorstandsvergütungen durch Hauptversammlung festlegen

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/725](#)

(überwiesen am 26. April 2013)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/1200](#)

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den FDP-Antrag [Drucksache 18/725](#) anzunehmen. Darüber hinaus empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition, den Änderungsantrag der Koalition, Umdruck 18/1200, ebenfalls anzunehmen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/1055](#) – Übermäßiger Straßenverbrauch

[Umdruck 18/1056](#) – Haushaltsreste Einzelplan 03

[Umdruck 18/1057](#) - Eingliederungshilfe

[Umdruck 18/1058](#) - Lehrprofessuren

[Umdruck 18/1059](#) – Online Stellenmarkt Schule

[Umdruck 18/1108](#) – Prüfungsrecht LRH

[Umdrucke 18/1123](#) (neu) und 18/1170 – Strategisches Hochschulkonzept

[Umdruck 18/1126](#) - Ergebnis der Mai-Steuerschätzung

Der Finanzausschuss nimmt die oben angegebenen Umdrucke zur Kenntnis.

Zu Umdruck 18/1055 - Übermäßiger Straßenverbrauch - bittet Abg. Andresen das Verkehrsministerium, zu gegebener Zeit über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe auf Bundesebene zu berichten.

Die Umdrucke 18/1057 und 18/1108 zur Eingliederungshilfe sollen in der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung beraten werden.

Die Umdrucke 18/1123 (neu) und 18/1170 - Strategisches Hochschulkonzept - sollen im Bildungsausschuss behandelt werden.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Am 6. Juni 2013 will der Finanzausschuss eine Anhörung zur Änderung des Besoldungsgesetzes durchführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zur nächsten Ausschusssitzung am 23. Mai 2013 zu benennen.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 13 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer